

Gemeinsame Stellungnahme bvmd, MFT, DEGAM

Masterplan – quo vadis?

Mehr als ein Jahr nach der Anhörung der Verbände zum Masterplan Medizinstudium Anfang November 2015 sind weder Details noch Umriss des Masterplans veröffentlicht worden. Ein aktueller Beschluss der Finanzministerkonferenz lässt daran zweifeln, ob genug politischer Wille besteht, das Medizinstudium weiterzuentwickeln. Aufgrund der auslaufenden Modellklausel ist es dringend an der Zeit, gemeinsam mit den Fakultäten, Studierenden und Fachgesellschaften die Weiterentwicklung des Medizinstudiums voranzutreiben und mitzugestalten. Dabei müssen die Maßnahmen, die das Studium zukunftsgerichtet gestalten sowie zukünftige Ärztinnen und Ärzte auf die Herausforderungen einer Gesellschaft des längeren Lebens vorbereiten, in den Vordergrund gerückt werden. Allein durch die intensive Beteiligung der Fakultäten und Studierenden, sowie einem realistischen Finanzierungsplan kann eine zeitnahe Umsetzung gelingen.

Masterplan für ein zukunftsfähiges Studium

Der bisherige Diskussionsprozess zum Masterplan ist geprägt von Intransparenz. Soweit diese öffentlich wurden, rückt die bisherige Diskussion einseitig eher symbolpolitische Maßnahmenvorschläge wie die Landarztquote in den Vordergrund. **Dabei wird offenbar unterschätzt, wie sehr eine Weiterentwicklung der ärztlichen Ausbildung nicht bloß im Interesse der Studierenden und Ärzte, sondern vor allem der Patienten ist.** Der demographische Wandel, die Digitalisierung und der steile Zuwachs an medizinischem Wissen bringen zahlreiche Herausforderungen für die angehenden Ärztinnen und Ärzte mit sich. Um dem nachhaltig gewachsen zu sein, braucht es moderne Curricula und eine Weiterentwicklung der Prüfungsformate. Zudem muss mehr Raum geschaffen werden für die Vermittlung von wissenschaftlichen und kommunikativen Kompetenzen, das Arbeiten im interprofessionellen Team und individuelle Vertiefungsmöglichkeiten / Wahlfächer. Einer weiteren Überfrachtung und Verschulung der Ausbildung kann durch die Fokussierung der Pflichtinhalte sowie der Umverteilung von theoretischen und praktischen Studieninhalte zwischen den verschiedenen Studienphasen entgegen gewirkt werden.

Zu einem zukunftsfähigen Studium gehören auch Reformen, welche die Lern- und Arbeitsbedingungen im Praktischen Jahr für die Studierenden verbessern.

Gelingende Umsetzung nur mit Beteiligung

Die angekündigte Zahl von rund 40 Maßnahmen im Masterplan weckt die Erwartung einer umfangreichen Reform des Medizinstudiums. **Damit die angedachten Maßnahmen tatsächlich zu einer Weiterentwicklung des Studiums führen, braucht es in der Planungs- und Umsetzungsphase die intensive und frühzeitige Einbindung der Fakultäten und Studierenden.** Nur im Dialog mit den Betroffenen kann in einer sachorientierten Diskussion ein guter Masterplan für ein optimiertes Medizinstudium gestaltet werden. Nur mit unserer Expertise und Perspektive können die finanziellen, kapazitären und weiteren Auswirkungen der geplanten Maßnahmen sachgerecht eingeschätzt werden.

Finanzierung sichern

Bei der Weiterentwicklung der Lehr- und Prüfungsformate, und der Rekrutierung sowie Qualifizierung weiterer Lehrpraxen und Lehrkrankenhäuser (auch im ländlichen Raum) muss dem entstehenden Mehraufwand und den kapazitären Auswirkungen Rechnung getragen werden. Wir rufen daher die Konferenzen der Kultus-, Gesundheits- und Finanzminister dazu auf, zusammen mit dem Masterplan ein belastbares Konzept zur Finanzierung seiner Umsetzung zu erstellen. Die Einschätzung der Finanzministerkonferenz, die Reform des Studiums könnte ohne Anschubfinanzierung mit den bisherigen Mitteln bewältigt werden, teilen wir nicht. **Für das ganze Reformprojekt wäre es kontraproduktiv, wenn die Fakultäten zu weiteren Sparmaßnahmen gezwungen werden, die die Lehre und das Betreuungsverhältnis verschlechtern.** Finanzielle Belastungen auf Seiten der Studierenden, z.B. durch weite Anreisewege zu Ausbildungsstätten im ländlichen Raum, müssen kompensiert werden. Das Praktische Jahr stellt ohnehin derzeit für mehr als drei Viertel der Medizinstudierenden eine finanziell belastende Situation dar.

Nein zur Landarztquote

Die Politik sollte sich von den Vorschlägen einer Landarztquote oder einer Landeskinderquote distanzieren. Beide Quoten würden den Zugang zum Medizinstudium sozial ungerechter machen, individuelle Lebensplanungen junger Menschen durch extrem langfristige Bindungswirkungen konterkarieren und das Zulassungsverfahren für die Bewerber noch mehr zu einem intransparenten Strategiespiel werden lassen. **Aus versorgungspolitischer Sicht gefährden diese Quoten das Ansehen der ländlichen und hausärztlichen Medizin anstatt verlässlich ärztlichen Nachwuchs für diese Berufsfelder zu begeistern.**